

# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigelapptene Peitzelle 20 Pfennige, Vereinsanzeigen 10 Pfennige. Sämtliche Postenstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die Stellungnahme des Berliner Gauvorstandes der Buchdrucker und des Berliner Maschinenmeistervereins zum Fall Hempel & Co. — Sonderorganisation für Frauen. — Leipziger Brief. — Korrespondenzen (Hamburg, Berlin II, Straßburg, München, Fürth, Berlin I, Niederleibitz, Dresden, Leipzig, Berlin, Magdeburg). — Rundschau. — Briefkasten. — Versammlungsanzeigen.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

**Hamburg.** Wegen Erkrankung des 1. Vorsitzenden sind bis auf weiteres alle Briefe und Anfragen an den Stellvertreter A. Nordmann, Hamburg 16, Rosenhoffstr. 10 prt., zu richten.

**Bremen.** Kassierer ist A. Werner, Große Johannisstr. 107.

**In Lahr (Waden)** ist eine Zahlstelle errichtet worden. Vorsitzender ist Wilhelm Becherer, Bismarktstraße 59. — Kassierer Hermann Görlisch, Feuerwehrstraße.

### Der Verbands-Vorstand.

S. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Die Stellungnahme des Berliner Gauvorstandes der Buchdrucker und des Berliner Maschinenmeister-Vereins zum Fall Hempel & Co.

Noch immer will und kann über den Hemplschen Streik und seine Begleitercheinungen keine Ruhe eintreten, und die Berichterstattung im „Correspondenz“ vom 4. und 7. November ist mit die Veranlassung, daß sich eine gemeinsame Versammlung der drei Berliner Zahlstellen am 3. Dezember nochmals mit der Sache beschäftigen wird. Nicht eher wird Ruhe eintreten, als bis mit der Umschreibung des öffentlichen Unrechtes, das hier geschehen, aufgehört und zugegeben wird, daß die 14 Maschinenmeister bei Hempel & Co. einen schweren Solidaritätsbruch gegen ihre organisierten Mitarbeiter mit vollem Bewußtsein verübt haben und daß die Organisation der Buchdrucker offen erklärt, an dieser Handlung keinen Anteil zu haben und die dort verübte Kraftprobe energisch verurteilt. Nicht nur in den Sitzungen soll, wie uns wiederholt versichert wurde, daß es geschehen sei, den Schuldigen der Kopf gewaschen werden, sondern man soll offen und ehrlich auch in den Versammlungen dasselbe tun! Denn wenn nach außen alles hübsch zugebuddelt wird und Formfehler als Grund dazu dienen sollen, mit Streikbrechern arbeiten zu müssen, dann kann in dem durch solche Vorkommnisse verursachten gespannten Verhältnis zwischen Hilfspersonal und Drucker keine Befriedung entstehen, darum gilt es offen zu bekennen, wer gefehlt hat. — Zwei ausführliche Artikel des kollegen Moritz in Nr. 23 und 24 der „Sol.“ haben den Vorgang des Hemplschen Streiks, seine Ursachen und Begleitercheinungen unseren Mitgliedern geschildert, und darauf antwortete weder der Gauvorstand, noch der Maschinenmeisterverein. Keine der Korporationen ist imstande zu sagen, daß Kollege Moritz übertrieben hätte, keine kann seine Ausführungen bestreiten, und doch finden wir in dem Versammlungsbericht des Berliner Gauvorstandes vom 19. Oktober folgenden Bericht über den Streik bei Hempel & Co.:

Berlin. (Aus der Vereinsversammlung vom 19. Oktober.) Der Vorsitzende berichtete über die Angelegenheit „Vorwärts“, welche durch die am 14. Oktober abgehaltene Offizinsversammlung erledigt wurde, sodann über den Ausstand des Hilfspersonals bei der Firma Hempel & Co., verursacht durch das Verlangen desselben, Maschinen mit Anlageapparaten mit einem Hilfsarbeiter (Anleger) bei 24 M. Lohn zu besetzen. Ohne den Arbeiterauschuss und den Gauvorstand vorher benachrichtigt zu haben, stellten die Hilfsarbeiter ihre Forderungen; erst nachdem sie das Geschäft verlassen, wurden der Obmann des Arbeiterauschusses sowie Kollege Massini als Vorsitzender der graphischen Zentrale in Kenntnis gesetzt. Durch vorherige Inserate war es der Firma gelungen, Ersatz zu schaffen. Die Firma muß also schon vorher Kenntnis von der Absicht der Hilfsarbeiter gehabt haben. Nach verschiedenen Verhandlungen wurde in einer Besprechung mit dem Arbeiterauschuss, der auch Kollege Döblin bewohnte, der Beschluß gefaßt, der Firma zu unterbreiten, daß innerhalb 14 Tagen die Ausständigen wieder eingestellt werden sollten. Der Vorstand der Hilfsarbeiter war auch damit einverstanden, die Ausständigen lehnten jedoch den Vorschlag ab und verlangten, sofort am Montag wieder eingestellt zu werden; die Firma lehnte das ab und damit waren die Verhandlungen endgiltig gescheitert.

Der Maschinenmeisterverein besprach in seiner durch Datum nicht gekennzeichneten Oktoberversammlung den Streik bei Hempel in folgender Form:

„Eine Angelegenheit, über welche in den letzten Versammlungen debattiert wurde, betrifft den Ausstand der Hilfsarbeiter bei der Firma Hempel & Co., welcher aus der sogenannten „Apparatfrage“ entstanden ist. Die Hilfsarbeiter suchen aus diesem Vorfalle den dortigen Maschinenmeistern alles mögliche zu unterschieben, dabei ist in der zu diesem Zwecke einberufenen Druckereiversammlung ohne Widerspruch seitens der anwesenden Hilfsarbeiter festgesetzt, daß die Maschinenmeister keinerlei Hilfsarbeiten verrichten haben, vielmehr sich ganz passiv verhielten. Ein direktes Eingreifen der Maschinenmeister zu gunsten der Hilfsarbeiter konnte nicht erfolgen, da die Hilfsarbeiter absichtlich die Maschinenmeister wie auch den Arbeiterauschuss in Unkenntnis ließen. Dazu kommt, daß die Forderungen der Hilfsarbeiter durchaus nicht so einwandfrei waren, denn dieselben richteten sich indirekt gegen die Maschinenmeister, da die Hilfsarbeiter Apparatführerstellen zu erreichen suchten. Trotzdem wurden nach vollbrachter Tatsache Vermittelungsversuche gemacht, welche leider zu keiner Verständigung führten.“

Wer nun diese beiden Berichte mit den Artikeln des Kollegen Moritz vergleicht, wird sich fragen, wer hat denn nun eigentlich die Unwahrheit gesagt; wer hat behauptet übertrieben oder die Tatsachen unterdrückt? Und es muß folgendes festgesetzt werden: Die Firma Hempel & Co. schaffte zwei Anlageapparate an, und sofort wandten sich die dort beschäftigten Maschinenmeister an die Geschäftsleitung und forderten die Einführung des Einmaschinenystems an diesen Maschinen und Bezahlung daran als Spezialmaschine! Diese Forderung hatte zur Folge, daß an einer diese Apparatmaschinen ein **Bursche** eingestellt wurde (unorganisiert), anstatt ein erwachsener, durch den Apparat verdrängter organisierter Hilfsarbeiter, der gleichzeitig auch Saalarbeiten mit übernommen hätte. Diese Forderung der Maschinenmeister war weder dem Arbeiterauschuss bei Hempel, noch dem Gauvorstand oder gar der graphischen Zentrale bekannt! Sie hatten selbige auf eigene Faust unternehmen und zum Schaden der Hilfsarbeiter einen kleinen Erfolg erzielt — und was für einen. — Hätten die Maschinenmeister ihre Forderung dem Arbeiterauschuss bei Hempel vorher unterbreitet, dann hätte sie in der Form nicht gestellt werden können, denn darin sitzen auch Hilfsarbeiter, oder beide Korporationen hätten sie gemeinsam gestellt, und dann wären sie stark genug, beide Forderungen voll durchzuführen. Also halten wir nun einmal fest, daß die Maschinenmeister ohne Zustimmung des Arbeiterauschusses und Gauvorstandes die Forderung durchgeführt hatten und daß ein jugendlicher unorganisierter Arbeitsbursche an den Apparat gestellt wurde. Hiergegen wehrte sich nun das Hilfspersonal und es befand sich auf Grund der Situation in einer **Abwehrbewegung**. Der Hemplsche Betrieb ist kein gemischter, also es stehen dort nur Buchdrucker und Hilfspersonal, und sollten nun da die Hilfsarbeiter bei denen, die auf ihre Kosten einen Vorteil erzielt hatten, um Beistand bitten? Das hieße doch den Teufel bei Beelzebub verklagen! Eine Abwehrbewegung kann natürlich auch der graphischen Zentrale nicht vorher gemeldet werden, aber als es zu Konsequenzen kam, wurde die Zentrale benachrichtigt, doch war der Leiter derselben, Massini, weil anderswo beschäftigt, nicht zu erreichen. Also die einzige in Frage kommende Instanz wurde benachrichtigt, sobald es anging. Nun wollte ja auch die **Geschäftsleitung das ganze Personal wieder einstellen**, wenn nicht wiederum ein **organisierter Buchdrucker dagegen** gesprochen und erklärt hätte, daß seine Kollegen mit dem alten Personal nicht mehr zusammen arbeiten wollen, es sollte eine Säuberung vorgenommen werden! Und nun kam der Vorschlag der Geschäftsleitung, 19 Arbeiter sofort wieder einzustellen und die anderen 17 möglichst in 14 Tagen, wenn der eine oder andere der Streikbrecher aufhört. Von 36 Ausständigen waren 21 Anleger und 1 Anlegerin, 14 Personen waren Notationspersonal usw. Natürlich sollte das Gros der Anleger, weil die wichtigsten Kräfte, zuerst eingestellt werden, und auch da wird es verständlich erscheinen, daß der Vorstand der Hilfsarbeiter mit Einverständnis der Streikenden dieses ablehnte, denn wenn die Geschäftsleitung gegen die untüchtigen Streikbrecher keine Verpflichtungen hatte, so hatte sie auch keine gegen die brauchbaren Kräfte, und bei der Handlungsweise der Maschinenmeister und einem Teil verbleibender Streikbrecher wäre das Zusammenarbeiten für die in Gnaden aufgenommenen Streikenden eine Pein gewesen und ernstere Konflikte hätten im Geschäft entstehen können. Warum schreibt der Gauvorstand nicht in seinem Bericht, daß er einmütig mit den bei Hempel beschäftigten Leuten die Handlungsweise der Maschinenmeister auf das Schärfste verurteilt hat und daß er diesen 14 Herren den Ausschluß aus dem Verbands angebroht hat, und daß diese 14 Herren trotzdem erklären ließen, und wenn wir ausgeschlossen werden, wir arbeiten mit

den alten Personal nicht mehr zusammen. Und sie arbeiten nicht mit dem alten Personal und aus-gelassen werden sie trotzdem nicht! Sie hatten zu ihrer Handlungsweise ja auch die Bewilligung des Maschinenmeistervereins; der auf ihre Mütze ge-fachte Beschluß lautete ja: Die Maschinenmeister bei Sempel können mit dem alten Personal zu-sammen arbeiten, aber sie müssen mit dem neuen Personal arbeiten. Also ihre Handlungsweise ist gedeckt — und nun müßte ja der Gewerkschaft den ganzen Maschinenmeisterverein anschließen, und da er das nicht kann, so bleibt alles hübsch beim alten und die Hilfsarbeiter haben sich damit abzu-finden und ihr so oft bewiesenes und bewährtes Solidaritätsgefühl hübsch zu pflegen, damit es im Gebrauchsfalle stark und einmütig zum Ausbruch kommt, und gelegentlich gibt es dann mal wieder als Exultation einen — Auftritt.

Sie haben genug der Fußtritte erhalten und verlangen nun Anerkennung des ihnen zugesagten Unrechts, denn sie wollen und werden die Fälle sammeln und dann in alle Welt hinausstreuen, wie man an ihnen handelt, wenn hier nicht energisch Verengerung geschaffen wird. Sie verlangen, daß solche Vorkommnisse niemals mehr sich wiederholen, es müssen Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um das zu vermeiden. Wenn die Maschi-nenmeister durch eigene Nachlässigkeit eine Position nach der anderen freiwillig abgetreten haben, wenn sie die Tiegeldruckpresse sich vervollkommen lassen und sich nicht rührten, wenn ihnen die Statistik die zu große Zunahme der Drucker zeigte und sie rührten sich immer noch nicht, dann haben sie aber nun, nachdem sie die Folgen ihrer Lässigkeit spüren, noch lange nicht das Recht, die Erringung eines Anlege-Apparats dazu zu benutzen, ihre vielen Arbeits-lofen um einige zu verringern und dafür die Hilfs-arbeiter, die einzig und allein durch den Apparat geschädigt werden, aus ihren Stellungen zu verdrängen und diese Stellen durch jugendliche, unorganisierte, billigere Arbeitskräfte zu besetzen, da-durch, daß sie einen Vorstoß zur Hilfe an der Apparatmaschine fordern, ist zugegeben, daß eine Hilfskraft daran notwendig ist, und die Maschinen-meister werden doch wohl selbst nicht annehmen, daß diese jugendliche Hilfskraft immer jung bleibt und immer für den Anfangslohn arbeiten kann. Und was dann, wenn die notwendigen Forderungen

### Sonderorganisation für Frauen.

Am 2. Oktober veranstaltete die Zentrale für Arbeiterinnen, in Anschluß und aus Anlaß der Generalversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine in Berlin, eine öffentliche Ver-sammlung, mit der Tagesordnung: „Warum brauchen wir selbständige Arbeiterinnen-Organis-ationen?“ Das Referat hierzu hielt Fräulein Wischniewska. Unter dem Hinweis auf die seit 1890 gegründeten Lehrerinnen- und Kaufmännischen Vereine, welche ohne die Männer Selbständigkeit erlangt hätten, erklärte die Referentin, daß wohl auch von den Arbeiterinnen bereits 48.000 organi-siert seien, allerdings aber in den Männer-Organis-ationen, und dort habe die Arbeiterin nichts zu bedeuten. Soll dieselbe etwas werden, so könne das nur geschehen, wenn sie sich den „sozialdemo-kratischen“ Gewerkschaften fernhalte und sich ohne die Männer organisiere. Es sei ihr nirgends bekannt, daß in den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Frauen irgend eine Selbständigkeit erlangt hätten. Das geistige Übergewicht der Män-ner erdrücke die Frauen und stempelte sie zur völ-ligen Bedeutungslosigkeit. Auch hätten die Männer nicht einmal Zeit und Lust, die Interessen der Ar-beiterinnen zu vertreten. Die Kameradschaft der Sozialdemokratie, welche dieselbe für beide Ge-schlechter fordere, sei nur in der Theorie, nicht aber in der Praxis anwendbar, da die Lebens-beingungen beider zu verschieden seien. In den gemeinsamen Versammlungen fürchte sich die Frau, das Wort zu ergreifen, da sie im Neben weniger geübt sei. Geschehe es aber, dann werde sie von den Männern verlacht und verhöhnt. So seien eben in keiner Weise die sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu angehen, das geistige Niveau der Ar-beiterinnen zu heben. Sollte die Frau Selbständig-keit erlangen, dann könne dies eben nur geschehen, wenn sie ohne die Männer sich organisiere. Wo wären die bürgerlichen Frauen, wenn sie sich nicht

gestellt werden? Soll dann der älter werdende Arbeiter immer wieder hinausfliegen, um einer jüngeren, billigeren Hilfskraft Platz zu machen? Glauben denn einige Maschinenmeister, daß das wirklich so gehen könnte? Also was wird, wie ar-beiten wir in Zukunft? das muß jetzt einmal ganz energisch uns beschäftigen, und da muß ein Weg der Verständigung gefunden werden, und die Drucker vergeblich sich nichts, wenn sie in einer Frage, die in ihrer Fortentwicklung im Sinne Sempel & Co. nicht geregelt werden kann, sondern zu unabseh-baren Konsequenzen führen würde, mit dem gut organisierten Hilfspersonal gemeinsame Sache machen, dann fahren beide Teile gut.

Diese Frage kann nach unserer Ueberzeugung nicht mehr bis zur Maschinenmeister-Konferenz, die Ostern 1906 erst stattfindet, ruhen, sie ist brennend und duldet keinen Aufschub! Darum müssen die Organisationsvorstände der Einzelorte dieser Frage näher treten und eine einheitliche Lösung derselben und strikte Durchführung wird den im Gewerbe unter den organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen so notwendigen Frieden denn auch bald wieder her-stellen.

### Leipziger Brief.

Ausverrungen im graphischen Gewerbe ge-hören gewissermaßen zu den Seltenheiten, im Pro-vierländlein Sachsen ist aber manches möglich, was wo anders unwahrscheinlich klingen mag. Eine Nummernliste, welche den schönen Namen „Aristophot“ führt, hatte mit ca. 70 Personen einen Betrieb in Leipzig und bezahlte ihr Personal so ähnlich als andere. Jedoch ein neuer Prokurist, Herr Wesse, unternahm es, auf Kosten der Drucker-Hilfsar-beiterinnen größere Ueberhörschüsse zu erzielen und für gute Dienstleistung wurde sämtlichen Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiterinnen die Feiertags-bezahlung entzogen. Das war vor vier Jahren; organisiert war niemand, obwohl ich mich der Mühe unterzog und damals dem neuen Prokuristen die Klagen der Mädchen und Frauen vortrug, was zur Folge hatte, daß sämtliche ihre Stellung kündigten. Das war der letzte Abschnitt vor der Uebernahme nach Tauschen und der erste Versuch zu weiteren Ueberhörschüssen. Das „Aristophot“ hat in Tauschen eine sehr schöne Fabrik, aber nur von außen. Es ist ohne Organisation der dort beschäftigten 250 Personen drei Jahre gegangen, jetzt will es ohne eine solche nicht mehr gehen. In Massen haben

von den Männern emanzipiert hätten. Sie hätten gerade bahnbrechend auf dem Gebiete der Frauen-frage gewirkt, seien für Einführung der Fortbil-dungsschulen für Mädchen eingetreten, ferner für die Freigabe der Universitäten für die Frauen in den verschiedensten Lehrgängen. Ebenso seien sie für das Wahlrecht der Frauen in die Schranken getreten. Wo seien die Frauen, welche schon Stel-lung genommen hätten zu den Witwen- und Bausen-Unterstützungen, welche aus den Ueber-schüssen des Zolltarifs geleistet werden sollen usw.

Nun, wir kennen die bürgerliche Frauenbewe-gung und ihre Forderungen, kennen auch den Eifer und die Mittel, mit denen sie diese Forderungen ver-treten. Der Reichsminister, sowie das geforderte Klaffenwahlrecht von 1903 von Dr. Käthe Schirmacher ist uns noch ziemlich frisch in der Er-innerung. Gleichwohl verkennen wir nicht, daß Frauen unter ihnen sind, welche sich bemühen, der Arbeiterinnen-Bewegung auf dem Wege der Arbeiter-schutzgesetze, der Fürsorge, der Kinder-erziehung, des Mutterchutzes und anderen Kultur-aufgaben weitgehendes Verständnis entgegen zu-bringen. Indes hat der ganzen Veranstaltung von 1905 dieses Verständnis gänzlich gefehlt. Wie ein roter Faden zog sich durch das ganze Referat die Warnung an die Arbeiterinnen, den mit sozialisti-schem Geiste durchdrängten freien Gewerkschaften fern zu bleiben. Genau, wie einst das liberale Bürger-tum die Hirsch-Dunkerischen Gewerbevereine ins Leben rief, um zu versuchen, mit Hilfe derselben die freien Gewerkschaften zu zertrümmern, scheinen sich hier die bürgerlichen Frauen zu bemühen, einen künstlichen Parteihaß unter den Arbeiterin-nen zu züchten.

Wozu wir nun selbständige Arbeiterin-nenorganisationen gebrauchen, hat Frä. Wischniewska denn auch nicht zu erklären vermocht. Daß die Ar-beiterin dahin erzogen werden müsse, am wirtschaft-lichen Kampfe teilzunehmen zu können, um ihre Lebenshaltung zu verbessern, leuchtet den bürger-

die Buchbinder-Arbeiterinnen sowie das Buch- und Steindruckereipersonal sich ihren Verbänden ange-schlossen und zwar im Monat September. Die Ver-treter des graphischen Mariells in Leipzig haben mündlich und schriftlich versucht, auf gutlichem Wege zu erreichen: Bessere Bezahlung der schlechtest Ent-löhnten, sowie Anerkennung der Brandentart, ferner der Gewerkschaften resp. deren Vertreter. Bis zur Stunde ist dies nicht gelungen, im Gegen-teil, man hat der ganzen organisierten Gesellschaft gekündigt, den Buchdruckern, Steindruckern, Litho-graphen, Buchbindern, Buchbinderarbeitsarbeiterinnen, sowie 50 Mitgliedern unseres Verbandes. Doch eine Ausnahme machte man: die Spezialabteilung Postkartenhochglanz, gegen 16 Arbeiterinnen, die bis zur Vorsteherin bei uns organisiert sind, sollten gegen einen Zusatzlohn von 1 Mk. Zulage ihren organisierten Kollegen und Kolleginnen in den Rücken fallen. Es kam aber anders: Auf die Kündi-gung am Sonnabend gaben alle 120 Gefündigten das Verprechen, am Montag die Schwelle der An-stalt nicht zu überschreiten, indem 8- und 11-tägige, sowie 4-wöchentliche Kündigungen bestanden. Einmütig sammelte sich das Personal am Eingang und trat mit dem Glockenschlage den Rückzug an. Ob die Geschäftsleitung hiernit gerechnet hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Welche Rolle nun die ca. 60 Coloristinnen nebst den 17 auchorganisierten Photo-graphen spielen werden, mag die Erfahrung lehren. Die Aktionäre des „Aristophot“ sprechen am Sonn-abend in ihrer Generalversammlung das Urteil. Kann der Betrieb nur auf Kosten des Personals aufrecht erhalten werden, dann kann er auch acht Tage eher als geplant aufgegeben werden. Dann geht das Personal dorthin, wo menschenwürdiger ge-zahlt wird. Zunächst hatte aber die Geschäftsleitung dieser Anstalt noch keine Lohnforderung in Händen und sperre doch aus. Die Ausständigen werden diese Anstalt knien, ohne sich einen Zahn auszu-beißen, sie haben sich ja drei Jahre im Hungern geübt. Die Geschäftsleitung aber hat schon Zah-nelücken, hoffentlich bewilligen die Aktionäre das sehr nötige goldene Gebiß, sie verbauen sich schlecht.

Gegenüber diesem Beispiel haben sich die 50 Mitglieder bei Fischer & Wittig wieder einmal vor-bildlich gezeigt, indem alle Markthelfer, auch nicht-organisierte 1 Mk. Zulage erhalten, Anlegerinnen und Punktierinnen Zulage und Zuschlag für große Anlässe insgesamt pro Person bis zu 2 Mk. pro Woche. Dies ist im Verlauf von acht Monaten in dieser Anstalt die zweite Zulage. Auch dieser Erfolg zeigt wieder, daß nur die Einmütig-keit und die Organisation es vermögen, die Lebenslage der Hilfsarbeiterchaft zu verbessern. Wenn sich

lichen Frauen nicht ein. Diese Forderung würde sich ja zum Teil mit gegen ihre eigene Klasse rich-ten und darum haben sie alle Ursache, eine künstliche Scheidewand zwischen Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuführen. Wäre es ihnen wirklich Ernst, für die Arbeiterinnen in die Schranken zu treten, so hätten sie in der Dienstbotenfrage, in der eigenen Säuslichkeit, die beste Gelegenheit, zu beweisen, daß sie auch redlich gewillt sind, den Arbeiterinnen helfend zur Seite zu stehen. Daß sie diese Ab-sicht nicht haben, ging deutlich genug aus dem Referat hervor, indem Frä. Wischniewska betonte, man habe die Heimarbeiterinnen materiell unterstützt und es ihnen auch ermöglicht, sich Nähmaschinen zu stellen, also indirekt damit den Unternehmern ge-hoffen. Wir fordern Aufhebung der Seinarbeit, dort werden sogar die Mittel zur weiteren Ausbrei-tung derselben geliefert. So werden die Ar-beiterinnen durch diese Sonderbestrebungen doppelt und dreifach geschädigt. Sie werden skrupellos dem Unternehmertum überantwortet und unglaublich rührend und rückständig zeigte sich eine als Dis-kussionsrednerin vorgeführte Arbeiterin, die beson-ders hervorhob, wieviel besser es jetzt gegen früher ist; denn die bürgerlichen Frauen wären früher viel stolzer gewesen und hätten die Arbeiterinnen nicht beachtet und jetzt geben sie auch den Ar-beiterinnen sogar die Hand und wollen sich ihrer an-nehmen. — Solche „Aufklärungserfolge“ sind echt bürgerlich: nur keine selbständigen Menschen, im-mer nur solche Arbeiterinnen finden Gnade vor ihren Augen, die mit vielem Dank jede kleine Gabe annehmen und demütig und geduldig warten, bis ihnen ein neuer Vorschlag gemacht wird, den sie dann freudig annehmen, denn sie fühlen nicht, daß sie gar zu oft den bürgerlichen Frauen als Staffage dienen müssen — da Forderung und Kampf nicht zu ihren Mitteln gehören, um die Lage der Ar-beiterinnen zu verbessern, werden diese künstlich barmherzig gehalten, um am wirtschaftlichen Kampf nicht teilnehmen zu können und so alle dem wird

alle noch Fernstehenden uns anschließen wollten, so würden die Wege bald geübet sein, denn die Konjunktur ist günstig genug. Also Kollegen und Kolleginnen, lernet aus solchen Vorkommnissen und organisiert Euch, damit wir in den nächsten Nummern noch mehr solcher Fortschritte nachzählen können, dies ermutigt die Ausgesperrten und tut auch Euren Taschen sehr not.

L. Sch.

## Korrespondenzen.

Redaktionschluss ist am Montag. Alle für die Redaktion und Expedition bestimmten Sendungen sind nur an P. Thiede, Elbingerstr. 27, zu senden.

**Hamburg.** Versammlung vom 10. Oktober. Nach Annahme des Protokolls erhält Kollege Max Nordmann das Wort zu seinem Vortrage: „Unsere nächsten Aufgaben“. Redner führt aus, daß das heutige Thema eigentlich die Fortsetzung sei von dem Vortrag der vorigen Versammlung. Es handele sich hauptsächlich um Agitation und Organisation. Lassen wir es in der Organisation an der nötigen Schulung fehlen, so nützt uns die beste Agitation nichts und wir müssen dann immer wieder von vorn anfangen. Wir müssen immer und immer wieder die Kollegen und Kolleginnen über die Organisation und deren Zweck aufklären. Weiter fehlt uns auch eine genaue Unterlage über die Verhältnisse des Hilfspersonals; wohl wissen wir dies und jenes, aber etwas genaues über die Gesamtverhältnisse haben wir für Hamburg-Altona und Wandsbek nicht. Deshalb müssen wir baldig eine Statistik aufnehmen. Die Agitation zerfällt in die in den Nachbarstädten und in die am Orte. Den Boden in den Nachbarstädten können wir nicht so bearbeiten, weil es uns an den nötigen Kräften fehlt. Aus Lübeck ist auf ein vor sechs Wochen abgeschicktes Schreiben noch keine Antwort eingetroffen. Für eine gute Agitation in den Nachbarstädten ist eine bestimmte Körperschaft nötig und diese ist auf dem letzten Verbandstage abgelehnt worden. (Der Verbandstag hat die Gemeinteilung nicht abgelehnt, sondern konnte wegen Mangel an Zeit diesen Punkt nicht mehr beraten.) Für uns kommt denn auch hauptsächlich die Agitation am Orte in Betracht. Wir haben aber nicht nur die Vereinsangehörigen dem Verbände anzuschließen, sondern wir müssen auch darauf achten, in den Druckereiverbänden unseren Kollegen und Kolleginnen den Kampfcharakter der Organisation vor Augen zu führen. Bei den Vertrauensleuten müssen wir ferner darauf achten, daß sie das, was ihnen aufgegeben wird, schnell und gut erledigen. Wir dürfen

nicht mehr die neu aufgenommenen Mitglieder sich selbst überlassen, sondern wir haben die Pflicht, uns um ihre Fortbildung zu kümmern. Es müssen Bezirksversammlungen eingeführt werden, in welchen immer in kurzen Zeiträumen belehrende Vorträge gehalten werden, um die Mitglieder zu bilden und zu schulen. Wir werden, wenn wir die Sache angehen, nicht immer bedrückt sein, das darf uns aber nicht abhalten, diese Sache desto fester anzugreifen und durchzuführen. Es bleibt uns eben an den allgemeinen Mitgliederversammlungen zu belehrenden Vorträgen wenig Zeit, weil die Tagesordnungen immer reichlich mit geschäftlichen Angelegenheiten besetzt sind. Redner kommt dann auf die Zurückbewegung der Steinbrüder zu sprechen. Er glaubt nicht, daß wir mit hineingezogen werden würden. Zur Annahme der Statistik sei die Winterzeit am besten. In Frage kommt für uns allerdings, ob die Fragebogen zur Aufnahme der Statistik, die vom Verbandsvorsitzenden herausgegeben werden sollen, in nächster Zeit schon eintreffen; wenn nicht, so dürfen wir eben nicht mehr warten, sondern müssen diese Arbeit bald in Angriff nehmen. Redner bemerkt zum Schluss, daß, wenn in dieser Weise, wie er vortragen, verfahren wird, wir auch wie im vorigen Jahre ein gutes Stück in der Organisation weiterkommen werden. Die Diskussionsredner sprechen sich im Sinne des Referenten aus, nur glaubt Sonnabend verstanden zu haben, daß die Mitteilbarkeit überhaupt in Bezirke eingeteilt werden solle. Es wird richtig gestellt, daß nur immer die Kollegschaft einiger Bezirke zusammengerufen werden soll zu Bezirksversammlungen. In seinem Schlusswort bemerkt der Referent, daß die Diskussion sich im Sinne seiner Ausführungen gehalten habe und wir nun die Vorarbeiten zur Regelung der Bezirksversammlungen und zur Aufnahme der Statistik vornehmen würden. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 4350 Mk. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergibt folgendes: Einnahme 2125,25 Mk., Ausgabe 2022,33 Mk., somit verbleibt infolge des Bestandes vom vorigen Quartal ein Gesamtbestand von 849,73 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des vorigen Quartals 288, jetzt 393. Beanstandet wird von den Redatoren die Entschädigung des 1. Schriftführers, da angenommen wird, der Schriftführer wäre seinen Aufgaben nicht nachgekommen. Doch wird die Angelegenheit aufgeklärt und die Beanstandung zurückgenommen. Auf Antrag wird sodann dem Kassierer Ledarge erteilt. Lohse gibt bekannt, daß der 1. Vorsitzende, Kollege Glarner, erkrankt sei und erucht, alle Vorschläge für den Vorstand jetzt an den 2. Vorsitzenden Max

lassen, in Arbeitersekretariaten usw. war ihr gänzlich fremd. Diese Tatsachen legen denn doch bezeichnendes Zeugnis ab für die „Bedeutungslosigkeit“ der 5300 vorhandenen Frauen in den Zentralorganisationen der freien Gewerkschaften, und wir haben die feste Überdacht nach der gewaltigen Zunahme der weiblichen Mitglieder des letzten Jahres, daß sich die Zahl im nächsten Jahre nahezu verdoppeln könnte. Dieser Christliche Gewerbeverein der Frauen-Sonderorganisationen, welchem sich bei Gründung 1902 16 Vereine mit 300 Mitgliedern angeschlossen, hat es allerdings innerhalb dreier Jahre nur auf eine Zunahme von 1100 Mitglieder gebracht. Er zählt heute 1400 Mitglieder.

Terartiges darf man aber bewußt oder unbewußt den Arbeiterinnen der Christlichen Gewerbevereine nicht mitteilen, dieselben würden dann sehr bald einsehen lernen, daß die bürgerlichen Frauen nicht um die Arbeiterinnen zu stützen dieselben organisieren, sondern um sich selbst zu schützen vor der gewaltigen Macht, welche die Arbeiterbewegung erlangen wird und welche ihnen den Boden, auf welchem sie gegenwärtig noch stehen, dereinst entziehen wird, wenn sie es nicht vorziehen, sich nach links zu begeben. Fräulein Lüders erklärte ja denn auch ausdrücklich, daß sie prinzipiell nicht nach links kämpften. Anfang dieses Jahres hatte Fräulein Lüders im Correspondenzblatt der G. A. Vorschläge zur praktischen Arbeit, zur Gewinnung von Arbeiterinnen für die Organisationen gemacht. Wohin diese Vorschläge in der Praxis führen würden, hat die Zentrale für Arbeiterinnen an diesem Abend ungewisselhaft bewiesen. Wir werden dafür Sorge tragen, daß der dort gepflanzte Samen keine Früchte tragen darf. Unsere Parole heißt: Gemeinsame Interessen, gemeinsame Organisationen!

Emilie Heidemann.

Nordmann, Rosenhøjstr. 10 pr., zu senden. Für die Weihnachtsfeierung ist der 23. Dezember bestimmt und findet dieselbe im Lokale des Herrn Hamer, Reihentwiete, statt. Näheres wird noch durch Zirkular bekannt gegeben. Hierauf Schluss der gutbeachtlichen Versammlung.

**Hamburg.** Versammlung vom 14. Oktober.

Der Genosse Weinheber referierte über „Sozialdemokratie und Generalfreist.“ Redner kommt kurz auf den Kölner Generalfreistatkonferenz und den Parteitag in Jena zu sprechen. Er führt dann weiter aus, daß die Kampfweise und das Verantwortlichkeitsgefühl bei den Führern der Gewerkschaften ein anderes sei, als in der Partei. Dabei kommt es, daß die Führer der Gewerkschaften oftmals eine andere Stellung einnehmen und daraus geben dann auch manchmal derartige Beschlüsse, wie die auf dem Kölner Generalfreistatkonferenz über Generalfreistat und Maifeier gefaßt wurden. In Köln ist jedoch lediglich zum Ausdruck gekommen, daß man mehr Ruhe haben möchte und nicht immer experimentieren wolle. Die Ruhe aber ist nicht so gedacht, daß überhaupt kein Kampf stattfinden soll, sondern man will Ruhe haben, um die Gewerkschaften nicht allein nach außen auszubauen, sondern auch nach innen zu stärken, um eine Macht zu schaffen, die dem Kapital mit ganzer Kraft gegenüber treten kann. Nicht bloß zahlende Mitglieder sollen gewonnen werden, die nach einer Niederlage bei einer Bewegung, aber wenn sie ihre Unterfütterung aus der Organisation gezogen haben, letzterer kurzer Hand den Rücken kehren; denn von denen, deren erste Frage ist: „Was bekommen wir von der Organisation?“ gibt es noch genügend. Gute Mitglieder zu schaffen, sie aufzuklären über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, wie das wirtschaftliche Leben ineinander greift, sie zu trennen, klassenbewußten Genossen zu erziehen, dazu brauche man Zeit und Ruhe, das kam in Köln zum Ausdruck. Allerdings, was man mit dem Beschlusse über den Generalfreistat wollte, nämlich die Diskussion einzudämmen, schlug un, in das Gegenteil, es wurde nun recht lebhaft über den Generalfreistat diskutiert. Der Parteitag in Jena hatte den politischen Massenstreik ebenfalls auf die Tagesordnung gesetzt, so, er bildete den Hauptpunkt dieses Parteitages. Die Diskussion über diesen Gegenstand fand denn hier auch ihren Höhepunkt. Es wurde anerkannt, daß der politische Massenstreik das letzte Mittel sei, mit welchem dem Unternehmertum und der Regierung gegenübergetreten werden könne. Redner hebt aus: einander, was unter politischem Massenstreik zu verstehen ist. Die Organisations- und Agitationsverhältnisse haben sich mit der Zeit wesentlich verändert. In Anfang der Gewerkschaftsbewegung hatten es die Agitatoren bedeutend schwerer; heute ist es nicht mehr so schwer zu organisieren, die Arbeiter zur Gewerkschaft heranzuziehen, aber schwerer denn je ist es noch, sie aufzuklären. Es muß daher mehr Gewicht auf die Ausbildung der Mitglieder gelegt werden. Schnell und fest hat das Unternehmertum sich organisiert. Trotzdem es sich in seinen Verammlungen oft mit wichtigen öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, haben die Unternehmer nie unter den Gefahren der Polizei zu leiden, hingegen die Vereinigungen der Arbeiterschaft immer und immer wieder. Die Unternehmer sind nur in einer Organisation vereinigt, die Arbeiterschaft ist aber noch in verschiedenen Vereinigungen getrennt; da sind die freien Gewerkschaften, die christlichen, die Kirch-Druckereien usw. Allerdings fangen auch die Arbeiter an einzusehen, daß sie es dem Unternehmertum gleich tun müssen, wenn sie ihm mit dem genügenden Nachdruck entgegenzutreten wollen. Wir haben es schon bei dem Metallarbeiter- und dem großen Bergarbeiterstreik gesehen. Hier gingen die verschiedenen Vereinigungen der Arbeiter schon geschlossen vor. Sollen große Massenstreiks stattfinden, muß auch die genügende Kräftigung und ungeschwächte Einigkeit vorhanden sein. Redner geht dann auf den Hamburger Wahlrechtsraub, auf die Landtagswahlen ein und betont, daß wir versuchen müssen, auch hier unsere Schuligkeit zu tun, damit unsere Ideen auch in diese Körperschaften immer mehr einbringen können und somit darauf hinwirken, daß die Volksrechte auf allen Seiten verbessert werden. Er kommt dann zurück auf den Massenstreik und auf die Maifeier und betont nochmals, daß der Parteitag ausgesprochen habe, was sein solle. Die Frage über den Massenstreik und über die Maifeier wird uns künstlich immer und immer wieder beschäftigt und muß diskutiert werden. Der Genosse schiebt seinen Vortrag mit der Ermahnung, wann und wo die Anwesenden auch seien, das Interesse der Organisation zu wahren und zu verteidigen, die noch Fernstehenden zur Organisation heranzuziehen. Die Kollegen Glarner und Nordmann sprechen sich im Sinne des Referenten aus. Sodann nimmt der Referent noch einmal das Wort, er wendet sich hauptsächlich an die Kolleginnen und geht auf die Fleischnot ein. Redner beweist in seinen Ausführungen, wie notwendig es ist, daß

die Frau mit tätig sei bei dem Ausbau der wirtschaftlichen Verhältnisse, denn gerade sie, die Frau, hat ja den Haushalt zu führen und wird es am ersten gewahr, wenn die Lebensmittelpreise steigen. Es gehört heute fast täglich ein Stück Weisheit, eine Rechenkunst dazu, mit dem wenigen Geld die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Sodann gibt der Kassierer die Abrechnung vom Sommervergnügen. Er teilt mit, daß noch einige Kopien ausstünden und wird der Ueberrechner ca. 50 M. betragen. Redner wünscht ferner, daß sich die Kollegen über die Weihnachtsbezeichnung aussprechen möchten und macht Glarner den Vorschlag, den Sonnabend vor Weihnachten hierzu festzusetzen. Dies wird beschlossen und soll das Arrangement dem Vorstand überlassen bleiben. Sodann Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

**B. V.**  
**Berlin II.** Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung am 22. Oktober 1906. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen W. Schulz durch Erheben von den Knien. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung moniert Kollege Alex, daß der Bericht nicht in der Zeitung erschienen und wird das dahin beantwortet, daß es sich um ein Versehen der Redaktion handeln muß, da der betreffende Bericht rechtzeitig eingelaufen wurde. Hierauf wurden 30 Neuaufnahmen vollzogen. Die Aufnahme des angeblich invaliden Kollegen Tomius wird dem Vorstand überwiesen. Von den zurückgestellten Angelegenheiten finden die der Kollegen Gaebele und Vanquillion ihre Erledigung damit, daß dem ersteren 2 Wochen, dem letzteren 4 Wochen Arbeitslosenunterstützung entzogen werden. Gegen den Kollegen Mollé erübrigt sich jedes Vorgehen, da derselbe abermals nach vorhergegangenen Erweisen die Arbeit verließ, um bei der Firma Hempel & Co. als Arbeitswilliger zu arbeiten, demnach als ausgeschlossen zu betrachten ist. Ein Antrag der Kollegen und Kolleginnen von Eisner, der den Ausschuß des Kollegen Engelskirchen verlangt, weil letzterer sich neben der Schädigung der Organisationsinteressen noch in unmorralischer Beziehung gegen die Antragsteller verbeugt, findet insofern Berücksichtigung, als dem betreffenden laut Versammlungsbeschluss auf 10 Wochen die Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Betreffs Abänderung des § 1 des Statuts erklärt Kollege Weich, daß abgesehen von der früheren Zweckmäßigkeit dieses Paragraphen, es jetzt notwendig geworden ist, mit demselben zu brechen, da es sich herausgestellt hat, daß alle Bewegungen unter den jugendlichen Organisationsmitgliedern von der Leitung der Zählstelle II abhängig und notwendig sind. In der Diskussion sprechen sich alle Redner im bestehenden Sinne aus und wird einstimmig dem Vorschlag gemäß beschlossen. Eine längere Diskussion, welche gelegentlich durch Geschäftsordnungsdebatten unterbrochen wird, entpinnt sich über den Antrag Alex, der von der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung handelt. Die Fürsprecher dieses Antrages betonen ausdrücklich, daß nicht Mißtrauen gegen den Kassierer, sondern nur das Interesse für die Arbeitslosen und die bedeutenden Vorteile, welche denselben hieraus entspringen, die Beweggründe ihres Vorgehens sind. Ein Antrag, die Arbeitslosenunterstützung künftig im Bureau zur Auszahlung gelangen zu lassen, wird angenommen. Kollege Bucher wünscht, daß eine allgemeine Versammlung zu der jetzigen Situation Stellung nehmen soll; Kollege Moritz bemerkt, das dieselbe aber erst dann stattfinden, wenn ein Resultat der beteiligten Vorstandsberatungen erzielt ist. Ein Vertagungsantrag findet der vorgerückten Zeit wegen Annahme und erfolgte Schluß der ausbesuchten Versammlung.

**H. K.**  
**Anmerkung der Redaktion:** Der Bericht von der am 24. September stattgefundenen Versammlung ist laut Poststempel am 17. Oktober eingelaufen; der Schriftführer hat sich dabei wegen zu spät erfolgter Einlieferung entschuldigt.

**Strahburg.** Bericht von der General-Versammlung vom 22. Oktober. Der Vorsitzende bedauert, daß nicht einmal der dritte Teil der Mitglieder anwesend ist. Hierauf begrüßt er den erschienenen Vorsitzenden des Maschinenmeistervereins. Das Protokoll der vorherigen Versammlung fand seine Genehmigung. Gegen das Protokoll der Versammlung vom 16. September, welches vom Kollegen Weisler als stellvertretenden Schriftführer verfaßt war, glaubte er insofern protestieren zu müssen, indem er nicht gelagt habe, er bedauere, daß wir die Staffelführer nicht eingeführt habe, sondern nur Bedenken dagegen hatte. Auch hält er die Abrechnung des Kassierers vom 2. Quartal fand keinen Widerspruch. Der Vorsitzende teilt mit, daß 1 Kollege neu eingetreten, 1 Kollege und 1 Kollegin krank und 1 Kollege arbeitslos sind. Weiter

führte er an, daß in der Druckerei Schulz & Co. wegen der Beitragserhöhung einige Kollegen austreten wollten, in einer Druckereiverammlung aber, in welcher die betr. Mitglieder über die Sachlage aufgeklärt wurden, ihren Austritt wieder zurückzogen. Sodann beklagen die Kollegen einer hiesigen Druckerei über die schlechte Behandlung von Seiten des Übermaschinenmeisters. Auch wurde in der betreffenden Firma der Kollege Dufone, weil er für den Neunhunderttag und gegen die brutale Behandlung eingetreten war, gemahnet. Deshalb war auch der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins zu dieser Versammlung geladen. Nach einer längeren Debatte über diese Sache, wobei noch mehrere solcher Mißstände zum Vorschein kamen, äußerte sich der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins über die einzelnen Fälle und bewahrte, daß dieselben nicht schon früher in die Öffentlichkeit gekommen sind. Er versprach, diese Fälle zur Notiz zu nehmen und in dem Maschinenmeisterverein dahin zu wirken, daß solche Mißstände nicht mehr vorkommen sollen und verlangt auch, daß die Hilfsarbeiter sich in einzelnen Fällen gegen die Maschinenmeister etwas mehr erkenntlicher zeigen müßten, um solches zu verhindern. Ueber die Angelegenheit des betreffenden Übermaschinenmeisters konnte er sich nicht aussprechen, da im Laufe der Woche noch eine Sitzung der Tarifkommission der Buchdrucker über diese Sache verhandelt wird, wozu auch der Vorstand der Hilfsarbeiter eingeladen ist. Der Kartellbericht wurde vom Delegierten Dufone gegeben und mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Betreffs der Restanten teilte der Kassierer mit, daß einige derselben um Stundung nachgeht. Redner meint, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um dem Restantenmangel ein Ende zu machen, ohne dadurch Mitglieder zu verlieren. Kollege R. Dietrich stellt deshalb den Antrag, den größeren Restanten eine Frist von 3 Wochen zu gewähren und dieselben, im Fall sie bis dahin ihrer Pflicht nicht nachkommen, auszuschließen. Der Kassierer hält diesen Antrag für zu weitgehend, weil Kollegen vorhanden sind, welche ihre großen Restbeträge in so kurzer Zeit nicht regeln können und sofort anstreben würden. Da die nächste Ablieferung an die Hauptkasse erst am 1. Januar 1906 erfolgt, so stellte derselbe den Antrag, die Frist bis dahin zu verlängern, was auch angenommen wurde. Nachdem unter Verschiedenem einige Fragen beantwortet waren, schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Anwesenden, die nicht erschienenen Kollegen zum Versammlungsbesuch aufzufordern, die Versammlung.

**München.** Versammlung vom 22. Oktober. Vorsitzender Schmid eröffnete dieselbe mit der freundlichen Mitteilung, daß es die erste sei, bei welcher die Mitgliederzahl 1000 überschreite und begrüßte hierauf die anwesende Hauptvorsitzende, Kollegin Thiede aus Berlin. Für Kollegin Jent, welche wegen Verunsicherung des Schriftführerpostens niederlegte, wurde Kollege Hegler als solcher gewählt und Kollege Bauer als Ersatzvorsitz. Hierauf erhielt Frau Thiede das Wort. Dieselbe schilderte zunächst die Beschlüsse des letzten Verbandstages betreffs Einführung der Krankenunterstützung und bemerkt hierbei, daß früher schon die Arbeitslosenunterstützung eingeführt worden sei; erst infolge des Anwachsens der Mitgliederzahl auf 8000, namentlich aber auch aus Rücksicht auf die kleineren Orte, in denen Arbeitslosigkeit seltener vorkomme als Krankheiten, sei man der Krankenunterstützung näher getreten und habe nun das Dreiklassen-System eingeführt. Der Umstand, daß sich die Wehrzahl der Kollegenchaft in die 3. Klasse aufnehmen ließ, sei ein Zeichen, daß man weniger besorgt sei um höhere Beiträge, als um die Zusage einer höheren Krankenunterstützung. — Auch München habe Riesenschritte gemacht, sowohl an Zuwachs von Mitgliedern, wie an Verbesserungen der geschäftlichen Verhältnisse, was ein höheres Zeiden sei, daß die Verwaltung in jeder Hinsicht ihre volle Schuldigkeit getan hätte. Die Rednerin weist nun auf die Vorrage der Tarifabschlüsse und des Arbeitsnachweises hin, wozu letzterer allein in dem Maße, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort genau zu kontrollieren und zu regeln, und gehet mit scharfen Worten das noch immer vorkommende Umgehen desselben, wodurch die Prinzipale genaue Kontrolle über den Stand der Arbeitslosen haben und demgemäß den Lohn entsprechend niedriger stellen. Sowohl für die Steindruckerei, wie auch für die chemigraphischen Hilfsarbeiter werde gezeigt werden und ist, da deren Tarife bereits eingereicht wurden, eine günstige Entwicklung zu erwarten. Durch treffende Beispiele schilderte sie sodann das Bestreben der Unternehmer, die Organisation zu schädigen und wenn es ginge zu vernichten. Ueber die christlichen Organisationen verbreitet sich die Rednerin, daß dort die Verhält-

nisse schlechter seien als überall, da sich die Leute nichts zu fordern trauen und kritisierte jodann ironisch die „Organisation der Nichtorganisierten“ in Augsburg. Sehr obdillig äußert sie sich über das noch mehrfach vorhandene Strafgebietsystem, wobei an vielen Orten gar keine Kontrolle bestünde und deshalb auch niemand wüßte, wohn die Gelber stießen. Mit den Worten: „Auch hat die Not zusammengeführt“, sie wird uns aber auch die Kraft haben, gemeinsam weiterzuarbeiten, um unsere Lage zu verbessern“, schloß Rednerin ihren mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag. Vorsitzender Schmid drückt seine Freude aus über das Anwachsen der Mitglieder und bebauert, daß die Verbesserung unserer Verhältnisse nicht in demselben Maße fortgeschritten sei. Er ermahnt die Kollegenchaft nicht eher zu rasten, bis alle unierem Verbands angehören. In der darauffolgenden Diskussion wurden noch verschiedene Unregelmäßigkeiten, die sich in einigen Geschäften vorfinden, erörtert und leitens der Verwaltung Abhilfe zugesichert. Hierauf bemerkt Frau Thiede in ihrem Schlusswort, daß die Mitteilungen über die vorhandenen Mißstände zur Genüge beweisen, daß noch keine Ruhe eingetreten sei und man deshalb immer noch weiterarbeiten müsse. Wenn auch die Tarife nicht überall so durchgeführt seien, wie es wünschenswert wäre, so möge man doch bedenken, daß sie erst eingeführt wurden und nicht schon Jahre lang bestehen und mahnt deshalb zur Geduld und Ausdauer. Sie fordert die Kollegenchaft auf, den Arbeitsnachweis festzuhalten und das Vorkommen um Arbeit endlich anzugeben. Die Statuten sind unsere Geleise, die wir eben hoch halten müßten. Wir müssen stets zusammenarbeiten, um unsere Verhältnisse zu verbessern. Hierauf Schluß der sehr zahlreich besuchten Versammlung.

**G. H.**  
**Kürth.** Ueber das Thema „Zweck und Nutzen der Organisation“ sprach unsere Zentralvorsitzende Frau Thiede in einer leider von den Unorganisierten schlecht besuchten Versammlung am 24. Oktober. Mitglieder waren in größerer Zahl anwesend, viele aber durch Ueberstunden verhindert zu erscheinen. Rednerin schilderte die Entstehung unseres Verbandes und wie derselbe sich namentlich in den letzten 3 Jahren vergrößert habe, jodann man jetzt mit 8000 Mitgliedern rechnen könne. Nachdem sie die Bestimmungen des neuen Statuts erläutert hatte, wies sie auf die Verhältnisse in den anderen Zählstellen hin, die sich durch die Hilfe der Organisation schon längst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft haben. Ueber alles, was in anderen Städten möglich gewesen sei, müsse auch hier erreicht werden durch den Anschluß an die Organisation, denn nur durch letztere ist es möglich, die hier noch bestehenden schlechten Verhältnisse zu beseitigen. Der reiche Beifall bewies, daß die Rednerin allen aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion forderte Kollege Rinke-Nürnberg auf, die Worte der Referentin zu beherzigen und durch eifrige Agitation neue Mitglieder zu gewinnen. Er machte ferner aufmerksam auf die Bewegung in mehreren Rulantialten Nürnbergs. Der Vorsitzende der Steindruckerei, Herr Lindenhahn, versprach die Mithilfe der organisierten Steindruckerei bei der Agitation. Frau Redding wies auf die Erfolge der Münchener Zählstelle hin und führte aus, es sei eine Schande für die Kürther Arbeiterinnen, noch so weit hinten an zu stehen. Jedes einzelne Mitglied müsse mit zum Agitator werden. Nach dem Schlusswort der Referentin macht der Vorsitzende aufmerksam auf die demnächst stattfindende kombinierte Versammlung mit Nürnberg, da die Gründung einer Agitationskommission für beide Orte notwendig ist. Auch er ermahnt die Mitglieder, die Verwaltung mehr zu unterstützen, was in erster Linie durch den regelmäßigen Besuch der Versammlungen geschehen kann und schloß mit einem Hoch auf unseren Verband die Versammlung.

**G. H.**  
**Berlin I.** Die am 25. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung war nur mäßig besetzt und erstattete die Vorsitzende zum 1. Punkt Bericht von den letzten Druckereiverfassungen und von den mit gutem Glück durchgeführten Lohnforderungen in mehreren Firmen. Weiter berichtet sie noch einiges von dem leider verloren gegangenen Streik bei Hempel und bestätigt vollinhaltlich den in Nr. 23 der „Sol.“ mitgeteilten Hergang, sowie daß einzig und allein die dort beschäftigten Maschinenmeister durch ihr aller Solidarität hohnsprechendes Verhalten die Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Streifes tragen. Von unserer Zählstelle komme zwar nur eine Kollegin in Betracht (die anderen Mitglieder gehören der Zählstelle II an), doch ist die bittere Empfindung dieselbe und zeigt die Vorsitzende, wie im Gegensatz zu diesem und schon

(Fortsetzung in der Beilage.)